

FÖRDERVEREIN KÖLNER FLÜCHTLINGSRAT E.V.

Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V. – Kartäusergasse 9-11 – 50678 Köln

Presseerklärung
15.10.2012

Faktencheck zum Flüchtlingsthema

Die Diskussionen hinsichtlich des Anwachsens der Flüchtlingszahlen und der Unterbringung von Flüchtlingen ist nach Ansicht des Kölner Flüchtlingsrates e.V. z.T. hanebüchen. Deshalb möchte der Kölner Flüchtlingsrat e.V. mit diesem Faktencheck sowohl für eine Versachlichung der Diskussion sorgen als auch unrichtige Angaben korrigieren.

1. Behauptet wird, die Flüchtlingszahlen hätten sich in Deutschland mehr als verdoppelt.

Richtig ist:

In Deutschland ist die Anzahl der Asylersanträge im September 2012 im Vergleich zum August 2012 um 1.452 Personen auf jetzt 6.691 gestiegen. Der Zuwachs beträgt 27,7%. In den ersten neun Monaten 2012 stieg die Anzahl der Asylersanträge gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 23,9% (Bundesministerium des Innern – BMI -, Pressemitteilung vom 12.10.2012).

In der Zeit von Januar bis September 2012 haben insgesamt 40.201 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Im gesamten Jahr 2011 wurden insgesamt 45.741 Asylersanträge gestellt. Die Zahl der Asylersanträge wird 2012 gegenüber dem Vorjahr steigen. Aber zur Erinnerung: 1992 betrug die Zahl der Asylbewerber in Deutschland 438.191!

2. Behauptet wird, Deutschland würde von Flüchtlingsströmen überflutet werden.

Richtig ist:

Die Weltflüchtlingszahlen steigen nach UNHCR-Angaben seit rd. vier Jahren. Insofern steigt auch die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland.

Der Zuwachs lag 2011 in Deutschland allerdings unter dem weltweiten Schnitt: Um rd. 20% stieg 2011 die Zahl der Schutzsuchenden laut UNHCR gegenüber 2010 weltweit, um 19% stieg sie in den 38 europäischen Staaten und um 16% stieg die Zahl der Asylanträge in der EU. Insgesamt 441.300 Asylgesuche in 44 industrialisierten Staaten gab UNHCR für das Jahr 2011 an – eine

Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Die Geschäftsstelle:

Haus der Evangelischen Kirche
Kartäusergasse 9-11
50678 Köln

Fax: 0221 3382 237
home: www.koelner-fluechtlingsrat.de

Sprechstunden nach Vereinbarung

Claus-Ulrich Pröb

Geschäftsführer
Fon: 0221 3382 249
Mobil: 0171 7992 647
Email: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de

Mitarbeiter/innen:

Özlem Esen

Fon: 0221 16824196
Mobil: 0178 2078852
Email: esen@koelner-fluechtlingsrat.de

Nahid Fallahi

Fon: 0221 16860571
Email: fallahi@koelner-fluechtlingsrat.de

Lina Hüffelmann

Fon: 0221 3382 126
Mobil: 0151 19326154
Email: hueffelmann@koelner-fluechtlingsrat.de

Thomas Zitzmann

Fon: 0221 16824196
Email: zitzmann@koelner-fluechtlingsrat.de

Föv KFR e.V. – gesetzlich vertreten durch den Vorstand:
Wolfgang Schild, Rechtsanwalt,
Prof. Dr. Markus Ottersbach

Der Verein ist laut Bescheinigung des Finanzamtes Köln-Altstadt vom 29.04.2011 als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto des Fördervereins
Kölner Flüchtlingsrat e. V.:

Sparkasse KölnBonn
BLZ: 370 501 98
Konto-Nr.: 22 10 20 40

Größenordnung, die sich im weltweiten Kontext noch immer klein ausnimmt. Denn die meisten Flüchtlinge bleiben nach wie vor in der Herkunftsregion: Spitzenreiter Südafrika, vom UNHCR-Report nicht erfasst, hatte 2011 allein 107.000 neue Asylgesuche zu verzeichnen (Pro Asyl, <http://www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten/>, Zugriff am 15.10.2012 um 11:15 Uhr).

Aufgrund des aktuellen Konflikts in Syrien leben mittlerweile rd. 100.000 Flüchtlinge aus Syrien in der Türkei. Von einer solchen Flüchtlingszahl ist Deutschland meilenweit entfernt.

3. Behauptet wird, es kämen vor allem Menschen aus Serbien und Mazedonien nach Deutschland, um einen Asylantrag zu stellen.

Richtig ist:

Die Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden waren in den ersten neun Monaten 2012 nach Angaben des BMI (s.o.): Afghanistan (5.368), Serbien (4.160), Irak (3.931), Syrien (3.721), Iran (2.987), Mazedonien (2.613), Pakistan (2.381), Russische Föderation (1.580), Kosovo (1.129) und Türkei (1.041).

Tatsächlich stieg die Anzahl der Asylersanträge im September 2012 gegenüber dem Vormonat bei serbischen Staatsangehörigen um 899 auf 1.395 und bei mazedonischen Staatsangehörigen um 420 auf 1.040.

Ein großer Teil dieser Flüchtlinge sind Roma-Angehörige. Als Fluchtgründe werden von serbischen und mazedonischen Antragstellern größtenteils Diskriminierungen, Ausschluss aus dem Bildungs- und Gesundheitssystem, mangelnde Existenzmöglichkeiten, Krankheiten und menschenunwürdige Lebensbedingungen geltend gemacht.

4. Behauptet wird, die Anerkennungsquoten im Asylverfahren seien minimal.

Richtig ist:

Die Anerkennungsquoten sind sehr unterschiedlich. Die sog. Gesamtschutzquote (Gesamtzahl der Asylanerkennungen und des subsidiären Schutzes) betrug in den ersten neun Monaten 2012 nach Angaben des BMI (s.o.) 33,9%! Zudem wurden 21,9% der Anträge „anderweitig erledigt“, z.B. durch Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages (BMI, s.o.).

Richtig ist aber auch, dass der Großteil der Asylanträge serbischer und mazedonischer Staatsangehöriger vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgelehnt wird (2011: 64,8% bzw. 67,5%) [amnesty international, Asyl-Info 3/2012, S. 35] und die Anerkennungsquoten bei diesen Antragstellern gegen Null tendieren. Dies zeigt allerdings, dass die Fluchtgründe der Antragsteller vom deutschen Asylsystem nicht ausreichend berücksichtigt werden. Von „Asylmissbrauch“ kann daher keine Rede sein.

5. Behauptet wird, das Land NRW und die Kommunen seien vom Anstieg der Flüchtlingszahlen überrascht worden.

Richtig ist:

Da die Zahl der Asylersanträge in Deutschland seit rd. vier Jahren ansteigt, kann niemand überrascht sein, dass sie weiterhin ansteigt. Zudem hat die

Bezirksregierung Arnsberg in einem Anschreiben bereits vom 15.10.2010 an alle Kommunen des Landes NRW auf das Ansteigen der Flüchtlingszahlen hingewiesen: Die Zugangszahlen „haben bereits sowohl in der Erstaufnahmeeinrichtung Dortmund als auch in den Unterbringungseinrichtungen des Landes NRW (Hemer und Schöppingen) zu einem Erreichen und zeitweiligen Überschreiten der Kapazitätsgrenze geführt. Dementsprechend mussten auch meine Zuweisungen in alle Kommunen des Landes NRW in diesem Zeitraum zunehmen und werden nach den letzten Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auch weiterhin steigen. Ich bitte diese Entwicklungen bei Ihren Planungen für die Unterbringung der Ihnen zugewiesenen Asylbewerber zu berücksichtigen“ (aus: Anschreiben der Bezirksregierung Arnsberg vom 15.10.2010, liegt hier vor).

6. Behauptet wird, der Anstieg der Flüchtlingszahlen sei mitverantwortlich an der Haushaltssperre der Stadt Köln

Richtig ist:

Die steigenden Kosten bei der Flüchtlingsunterbringung hätten in die Haushaltspläne hineingearbeitet werden müssen, da schon lange bekannt war, dass die Zahlen weiterhin steigen (s. Nr. 5). Dies jetzt als „weitere zusätzliche Belastung“ (Kölner Stadt-Anzeiger vom 11.10.2012) zu bewerten, ist aus der Sicht des Kölner Flüchtlingsrates e.V. unseriös und lenkt von den eigentlichen Gründen der Finanzmisere ab. Als eigentlicher Grund für die Haushaltssperre wird eine Änderung im Haushaltsrecht genannt, wonach eine Ratenzahlung der Stadtentwässerungsbetriebe i.H.v. 70 Millionen Euro nicht mehr als städtische Einnahme geführt werden darf.

Im übrigen hat der Kölner Stadtrat im letzten Jahr nicht die vom Runden Tisch für Flüchtlingsfragen angeforderten Mittel für zwei Personalstellen „Auszugsmanagement“ bewilligt, sondern nur Mittel für eine Stelle. Insofern konnte bislang auch nur eine begrenzte Anzahl von Flüchtlingen die Wohnheime verlassen und Privatwohnungen beziehen.

Die rd. 200 in der Turnhalle des Deutzer Berufskollegs untergebrachten Flüchtlinge sollen Köln spätestens am 20.10.2012 wieder verlassen. Die Unterbringungs- und Versorgungskosten für diese Flüchtlinge werden vom Land NRW übernommen.

Der Kölner Flüchtlingsrat e.V. bittet Politik und Verwaltung der Stadt Köln,

- den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen der Stadt Köln kurzfristig einzuberufen, um die gegenwärtige Sachlage zu erörtern und ein Maßnahme- und Forderungspaket zu schnüren,
- die Hürden bei der Erteilung der Erlaubnis zum Wohnheimauszug drastisch zu senken,
- das erfolgreich operierende Projekt „Auszugsmanagement“ personell auszuweiten,
- die in den Kölner „Leitlinien für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen“ verankerten Standards auch im Hinblick auf weitere Unterbringungseinrichtungen in Köln unbedingt beizubehalten und
- neue Unterbringungseinrichtungen für nach Köln zugewiesene Flüchtlinge nur mit abgeschlossenen Wohneinheiten zu errichten.

gez. Claus-Ulrich Pröls